



Inoffizielles Zwischenspiel
General Laffon

Katernberg. Beinahe wäre dabei die ganze Grube in die Luft geflogen. Bergassessor von Waldthausen konnte einen eifrigen Fotoreporter gerade noch davon zurückhalten, ein offenes Blitzlicht anzustecken.

Im Beisein Sir Sholtos wurde in der Villa Hügel der Vertrag über die Inkraftsetzung des Punktsystems für Bergleute von den Gewerkschaftlern und den Vertretern der britischen Kontrollbehörden unterschrieben.

Die Höchstsätze stehen jetzt fest: Der Untertagearbeiter kann im Monat 750 g Speck, 250 g Zucker, 500 g Kaffee, 100 Zigaretten und 2 Flaschen Schnaps erreichen. Kalorienmäßig nicht allzu viel, preismäßig (rund 52 RM) zu viel, denn der Kumpel muß die Ware nach vollem Ladenpreis bezahlen, und das ist für ihn, der nicht mehr als durchschnittlich 150 Reichsmark im Monat verdient, kaum erschwinglich.

Die KPD-Bezirksleitung Nordrheinland hat sich gegen das Punktsystem ausgesprochen. Es sehe allzu sehr nach Ausbeutung aus.

Der Industrieverband Bergbau hingegen glaubt schon jetzt einen stimmungsmäßigen Erfolg der Stachanow-Konkurrenz an der Ruhr feststellen zu können. Vom 9. bis 21. Januar ist die tägliche Kohlenförderung von 204 840 t auf 217 488 t (dem bisher höchsten Stand) gestiegen.

Diese Zunahme der Förderung bestärkte bei dem französischen Gast die Hoffnung auf eine baldige Aufhebung der Kohlenexportkürzung nach Frankreich. Frankreich ist das einzige Land Europas, das im Augenblick mehr fördert als 1938.

General Laffon kam auf seiner inoffiziellen Reise von Hamburg. Dort hatte er auch deutsche Notquartiere besichtigt. In Düsseldorf sah er davon ab, einen Bunker mit Flüchtlingen zu besuchen. Es war dort gerade eine der üblichen Bunkerkrankheiten ausgebrochen.

Lord Beveridge folgte dem französischen General gleichsam auf dem Fuße. Er hatte eine Besichtigungsreise durch die französische und die amerikanische Zone hinter sich. Der 67jährige Lord war einigermaßen abgekämpft. Trotzdem stellte er sich der Presse:

„Deutschland sollte Industrie, viel Industrie haben, um den 15 Millionen Flücht-

lingen aus dem Osten, die es aufnehmen mußte „Lebensmöglichkeiten zu geben.“ Und: „Wir haben zuviel englische Beamte in Deutschland. Ich meine, man sollte die Deutschen alles machen lassen, man muß nur ein Veto einlegen können.“ Das waren einige seiner Privatansichten.

Daß auch Sonderzüge unpünktlich sein können, erlebten die Generäle Clay und Robertson, als sie mit 90 Minuten Verspätung in Essen-Steele eintrafen. In der Villa Hügel hatten sie eine Sitzung mit den Gewerkschaftsführern von Nordrhein-Westfalen. „Es ist nicht Zufall, daß wir mit den Vertretern der Gewerkschaften zuerst sprechen, und wir glauben nicht, daß es irgend jemanden gibt, der uns mehr helfen kann als sie“, erklärte General Robertson.

Als Ziel nannte er eine tägliche Kohlenförderung von 400 000 Tonnen. General Clay, der anschließend sprach, wandte sich gegen eine Zwangsverpflichtung im Bergbau. Er machte gleichzeitig interessante Angaben über die Verwendung der Gelder, die für den Export der deutschen Kohle einkommen.

„Wir haben jetzt 60 Millionen Dollar in der Hand, die wir für ausgeführte Kohle erhielten. Damit bezahlen wir nicht die Nahrungsmittel und andere wichtige Sachen, die nach Deutschland eingeführt werden. Das Geld wird verwendet, um Rohmaterialien zu kaufen, die der deutschen Wirtschaft zugeführt werden.“

Ebenfalls in diesen Tagen haben beide Generäle eine gemeinsame Erklärung über die Höhe des deutschen Industriepotentials und über die Erhöhung der Stahlproduktion von 5,8 Millionen t auf 7,5 Millionen t angekündigt. Ihre Entscheidung über die Sozialisierung der Grundindustrie sieht bevor. Am 1. April wollen sie zudem die Kohlenförderung völlig in deutsche Hand geben.

Themen genug für den Ruhrbesuch. Hinzu kommt die „Entflechtung“ der Montanindustrie. Wie Harry Burland, Chef der North German Iron and Steel Control, und sein Adlatus, Direktor Dinkelbach, früher schwerindustrielles Mitglied des Vorstandes der Vereinigten Stahlwerke, heute Leiter der deutschen Treuhandgesellschaft, angekündigt haben, sollen die großen Eisen- und Stahlwerke der britischen Zone von den Konzernen gelöst werden.

25 bis 30 Werke werden betroffen. Betroffenen wird mit vieren:

1. Das Dortmund-Hörder-Hüttenwerk, eine der größten „Klitschen“ der Vereinigten Stahlwerke, erzeugte im Frieden über eine Million t Stahl jährlich und stößt auch heute noch 342 000 t aus.

2. Die Gutehoffnungshütte AG. Oberhausen, von der Familie Haniel, die auch heute noch die Aktienmehrheit besitzt, zu Weltruf gebracht.

3. Das Werk Haspe aus dem Konzern des kirchenfrommen Peter Klöckner mit einer augenblicklichen Produktion von 126 000 t.

4. Das Eisenhüttenwerk in Bochum, das dem Otto-Wolf-Konzern angehört.

Juristisch bleiben die Konzerne, unter der Kontrolle der Militärregierung, zwar noch bestehen. Die vier Werke sind jedoch aus dem Konzernverband ausgegliedert und stehen völlig auf eigenen Füßen. In dem Vorstand, aus drei Personen, muß grundsätzlich die Sozialverwaltung von einem Fachmann aus der Arbeiterbewegung geleitet werden. Arbeitervertreter besetzen auch vier der acht Aufsichtsratsposten. Schließlich sollen die Werke, um völlig mit dem Vergangenen zu brechen, neu getauft werden.

Ob der neue Name auch die Rentabilität verbürgt, ist eine andere Frage.

UNO-Land Helgoland

Keine Wohnmöglichkeiten mehr

Wenn es nicht anders geht, dann soll man Helgoland doch der UNO unterstellen“, sagte Landrat Damm in Gegenwart des Gouverneurs von Schleswig-Holstein, Champion de Crespigny, auf einer Sondersitzung des Pinneberger Kreistages.

Der Kreis Pinneberg ist für diese Frage zuständig, weil die Insel bis zur formalen „Aufhebung der Gemeinde Helgoland“ diesem Kreis unterstellt war. Von ihm aus werden auch immer wieder warmherzige Vorstöße unternommen, um die drohende Zerstörung von dem Felsen-Eiland abzuwenden. „Helgoland ist nicht nur eine Naturseltenheit“, sagte Landrat Damm, „es bietet auch für rund 3000 Menschen eine Heimat, und es ist für meereskundliche Forschungen, als Wetterwarte, als Fischereistützpunkt nahezu unersetzlich.“

Wenige Tage vorher war auf eine der vielen dringenden Anfragen von Pinneberg eine Antwort der Militär-Regierung eingegangen. Darin hieß es, daß nicht beabsichtigt sei, die Insel zu sprengen, aber in den vielstöckigen unterirdischen Stollen Helgolands befänden sich noch große Mengen Munition, die nicht abtransportiert werden könnten und die zusammen mit den unterirdischen Einrichtungen gesprengt werden müßten.

Es sei deshalb nicht vorherzusagen, ob Helgoland wieder bewohnt werden könne. In absehbarer Zeit jedenfalls könne eine Freigabe zu Wohnzwecken kaum erfolgen, da fast alle Gebäude zerstört seien und die Voraussetzungen für eine neue Besiedelung fehlen würden.

Diese Antwort läßt die einen zagen, die andern hoffen. Man kann diesen auf breitem Sockel ruhenden Riesenfelsen nicht restlos in die Luft jagen, aber Fachleute versichern, daß es immerhin kräftig krachen wird in seinem morschen Gestein.

Wegen eines Dorfschreibers

Loritz schließt eine Spruchkammer

Auf gehts(*) im bayrischen Sonderministerium. Herr Loritz steht im Mittelpunkt und eine Kabinettskrise im Hintergrund. Die Ursache aber ist ein Gemeindegemeinsamer in einem niederbayrischen Dorf.

Es begann damit, daß in Obersbergkirchen bei Mühldorf der biedere Oekonom und Bürgermeister Innhuber, dieweil er dem Schriftverkehr nicht mehr gewachsen war, sich als Hilfe und Gemeindegemeinsamer den Lehrer Fischer bestellte, der zwar geschickt und schriftgewandt, aber Pg. seit 1933 ist und deshalb nicht anders als in gewöhnlicher Arbeit beschäftigt werden darf. Regieren tat also im besagten Dörfchen praktisch nicht der Bürgermeister, sondern der Ex-Lehrer und Nazi.

Dies kam auch nach einiger Zeit der zuständigen Spruchkammer Mühldorf zu Ohren und sie stellte dem Herrn Bürgermeister ein Beschäftigungsverbot für Lehrer Fischer zu nach § 58 des Befreiungsgesetzes.

Jetzt mischte sich der Obersbergkirchner Ortpfarrer ins Spiel, er rief den Landrat von Mühldorf, Goßner, an und führte bewegte Anklage, ob der Maßnahme der Spruchkammer. Der Landrat war bewegt und ließ sich bewegen, die Entscheidung der Spruchkammer für null und nichtig zu erklären.

*) So sagen die bayrischen Bauernburschen, wenn sie sich vor einem handfesten Geraufe die Ärmel hochkrempeln und die Maßkrüge als Wurfgeschöß bereitstellen.